

Bauzinsen steigen, Schwarzarbeit bei Bürgergeldbeziehern?, Digitalisierung von Arbeitsverträgen

Bauzinsen steigen

Zuletzt sind die Bauzinsen trotz der Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) Anfang Juni 2024 angestiegen. Nach Berechnungen des Vergleichsportals Check24 liegt der sogenannte Bestzins für eine zehnjährige Sollzinsbindung aktuell bei 3,11 Prozent – im Januar 2024 hatte er noch 2,93 Prozent betragen. Eine Leitzinsänderung der EZB hat zunächst wenig Einfluss auf die Entwicklung der langfristigen Zinsen. Erhöht die EZB den Leitzins wird es für Banken teurer, sich kurzfristig Geld bei der Zentralbank zu leihen. Der durchschnittliche Sollzins pro Jahr liegt laut dem Vergleichsportal derzeit bei 3,51 Prozent und damit 0,37 Prozentpunkte höher als im Januar 2024. Zur Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt trägt bei, dass der Neubau von Wohnungen nach wie vor stockt und es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum in Deutschland gibt. Die EZB hatte am 6. Juni 2024 erstmals seit knapp fünf Jahren die Zinsschraube wieder gelockert und die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. ([Manager Magazin](#))

Schwarzarbeit bei Bürgergeldbeziehern?

Auch die Grünen wollen nach einem Bericht über entsprechende Pläne der SPD Schwarzarbeit in Kombination mit dem Bürgergeld künftig stärker bekämpfen. Unternehmen, die Menschen schwarz beschäftigen, während sie Bürgergeld beziehen, machen sich

strafbar. Der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch sprach sich für eine strengere Verfolgung solcher Vergehen aus. Die Konsequenzen wären: Bürgergeldempfängern soll demnach der Regelsatz für zwei Monate nicht gezahlt werden. Damit solle der Druck auf Bürgergeldbezieher erhöht werden, eine reguläre Arbeit aufzunehmen. Das Bürgergeld, der Nachfolger von Hartz IV, war zum 1. Januar 2023 eingeführt worden. ([Spiegel Online](#))

Digitalisierung von Arbeitsverträgen

Künftig möchte man den bürokratischen Aufwand für Arbeitgeber und börsennotierte Unternehmen etwas reduzieren, indem man künftig Arbeitsverträge in der Regel vollständig digital abschließen kann, beispielsweise per E-Mail. Demnach sollen auch die wesentlichen Vertragsbedingungen elektronisch übermittelt werden können – vorausgesetzt, das Dokument ist für den Arbeitnehmer zugänglich und kann gespeichert und ausgedruckt werden. „Bürokratieabbau ist eine Daueraufgabe“, so Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Auch in Brüssel brauche es eine Trendwende für weniger Bürokratie und mehr Freiräume. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))